



## Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Februar d. J. dem k. und k. Consul in Piräus Fortunatoovich in Anerkennung seiner vieljährigen, treuen und eifrigen Dienstleistung das Ritterkreuz des Franz Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die österreichischen Genossenschaften und ihre Besteuerung.

#### IV.

Man vergegenwärtige sich, daß die im Vorgenannten angeführten Ziffern nur einen verschwindenden Bruchtheil aller Vorschußvereine umfassen und daß sie das Jahr 1873 betreffen, in dessen zweiter Hälfte erst das Genossenschaftsgesetz in Wirksamkeit trat; dieses Gesetz hat aber nicht nur eine außerordentliche Vermehrung der Genossenschaften herbeigeführt, sondern ohne Zweifel auch den Kredit der Genossenschaften wesentlich gefördert, wodurch sich natürlich die Hebungsziffern noch weit günstiger stellen. Um ein annäherndes Bild von dem Geschäftsumfange eines größeren Vorschußvereins zu geben, greifen wir beispielsweise den uns vorliegenden Geschäftsausweis des wechselseitigen Vorschuß- und Sparvereins in Mödling heraus. Wir finden folgende Ziffern: Geldverkehr im Jahre 1875 3.651,425 fl., Stand der Gründeranteile mit Ende 1875 113,950 fl., Stand der Spareinlagen 479,799 fl., Darlehen 4750 fl., Tratten 160,000 fl.; gezahlte Zinsen im Jahre 1875, und zwar Spareinlagen-Zinsen 25,947 fl., Darlehenszinsen 3094 fl., Vorschußzinsen 367 fl., Comptozinsen 11,288 fl. Der Mödlinger Vorschußverein ist übrigens, wie hinzugefügt werden muß, keine von den allergrößten Kreditgenossenschaften.

So viel geht aus den vorstehenden Ausführungen jedenfalls hervor, daß von einer übermäßigen Steuerbelastung der Genossenschaften und insbesondere der Vorschußvereine oder gar von einer Gefährdung der Existenz dieser Vereine durch die Besteuerung absolut keine Rede sein könne. Nicht bei der Steuerverwaltung, sondern in der Leitung mancher Genossenschaften sind die wirklichen Ursachen für eine Gefährdung der Existenzbedingungen zu suchen. Unangemessene Ausdehnung des Geschäftes, unverhältnismäßig starke Verwendung fremder

Kapitalien, sowie der Betrieb von Geschäften, welche außerhalb der Sphäre der betreffenden Vereine liegen, diese Momente sind die wirklichen Krankheitsursachen der Genossenschaften. Bei den jüngst eingetretenen Verlegenheiten des Rudolfsheimer Vorschuß- und Sparvereins zum Beispiel, wo die Dinge bis zu einer hart an den Konkurs streifenden Liquidation gediehen sind, mußte das Genossenschaftsblatt selbst die von uns bezeichneten Uebelstände als Ursache des Niederganges zugestehen. Die bürgerliche Vorschußklasse in Ebrudim — um ein anderes Beispiel zu erwähnen — ein ziemlich bedeutender Verein, weist pro 1875 einen Verlust von 5700 fl. an Actien der „Zionostenska Banka“ und einen Verlust von 900 fl. an Actien des böhmischen Export- und Importvereins aus; man wird zugeben, daß die Anlage von Geldern in solchen Effecten nicht zu den für einen Vorschußverein geeigneten Geschäften gehört. Noch manche andere Fälle ließen sich auf gleiche Ursachen zurückführen. Hier wäre der richtige Angriffspunkt für eine „Agitation“ zum Besten des Genossenschaftswesens, auf solchem Wege würde jedenfalls Ersprießlicheres erreicht, als durch schlecht begründete Recriminationen wider die Finanzverwaltung und unmögliche Ansprüche an die Gesetzgebung.

Den Gegenstand der heftigsten Anfeindungen bildet, wie schon erwähnt, das Regulativ vom 28. Mai 1875, welches eine „ungefährliche“ und völlig „unerhörte“ Steigerung in der Besteuerung der Vorschußvereine herbeigeführt haben soll. Was zunächst die Geschwämzigkeit des Regulativs betrifft, so wurde dieselbe in dem zur Prüfung der Genossenschafts-Besteuerung vom Abgeordnetenhaus bestellten Ausschusse, und wenn wir recht berichtet sind, auch im Steuerreform-Ausschusse ausdrücklich anerkannt. Die Behauptung einer unerhörten Steuersteigerung aber infolge des Regulativs wird durch die Ziffern der Steuerausweise am besten widerlegt. Das Regulativ datiert vom Mai 1875, und demnach müßte eine so namhafte Steigerung, wie sie angeblich eingetreten sein soll, aus den Steuerausweisen pro 1875 — den letzten, welche bis jetzt bekannt geworden sind — jedenfalls schon ersichtlich sein. Nun ist der Betrag der gesammten Steuerlast aller Vorschußvereine von 173,471 fl. im Jahre 1874 auf 244,065 fl. im Jahre 1875, also um circa 70,000 fl. gestiegen, und die durchschnittliche Steuerbelastung eines Vorschußvereins erhöhte sich von 133 fl. 83 kr. im Jahre 1874 auf 146 fl. 49 kr. im Jahre 1875, also um 12 fl. 56 kr. Allein es muß hierbei berücksichtigt werden, daß in der gleichen Zeit die Zahl der Vorschußvereine von 1301 auf 1666 gestiegen ist, sich also um 365 oder um circa 30 Prozent vermehrt hat. Der größte Theil des Steuerzuwachses muß

somit als auf diese neu entstandenen Genossenschaften entfallend angesehen werden, und wenn auch im Augenblicke detaillierte Ziffern über die Besteuerung dieser neuen Genossenschaften nicht vorliegen, so ist doch ersichtlich, daß es völlig willkürlich wäre, wenn man aus der absolut höheren Steuerziffer gerade auf eine größere Steuerlast der schon früher vorhandenen Vorschußvereine und zumal auf eine im Verhältnisse zu dem erzielten Geschäftsgewinne dieser Vereine größere, also wirklich drückendere Steuerbelastung schließen wollte. Uebrigens bietet sich auch hier wieder ein für die ganze Agitation betreffs der Genossenschafts-Besteuerung sehr charakteristisches Moment. Nunmehr, wo es in die Tendenz so paßt, soll aller Steuerdruck durch das Regulativ vom Jahre 1875 hervorgerufen worden sein. Auch der Abgeordnete Wenger erklärte in der letzten Budgetdebatte, daß die Genossenschaften vor Erlaß des Regulativs mit ihrer Besteuerung „im ganzen nicht unzufrieden waren“ und daß man dieselben „bis dahin nicht viel über Steuerdruck klagen hörte.“ Die letzte Behauptung ist nun nicht ganz richtig. Auch vor dem Regulativ war eine frische, fröhliche Agitation gegen den Modus der Genossenschafts-Besteuerung im Zuge, obwol die Genossenschaften nach dem eigenen Zugeständnisse ihrer Vertreter allen Grund hatten, mit ihrer Besteuerung zufrieden zu sein; auch vorher arrangierte man Petitionen, deren manche z. B. im Jahre 1871 von Vereinen einkamen, die überhaupt nicht besteuert waren. Man ermesse die Berechtigung einer Bewegung, welche zu solchen Mitteln ihre Zuflucht nehmen muß.

### Die Situation nach dem serbisch-türkischen Friedensschlusse.

Der Abschluß der Friedensverhandlungen zwischen der Pforte und Serbien wird allseitig als eine wichtige, wenn auch noch nicht schlechthin entscheidende Bürgschaft für die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens betrachtet. In England hatte die öffentliche Meinung das Ereignis gewissermaßen eskomptiert, und so überwiegt schon in den heute vorliegenden Blättern eine entschieden friedliche Auffassung, die namentlich in dem Gerüchte Ausdruck fand, das St. Petersburger Kabinett habe die Demobilisierung seiner Truppen beschlossen. Das Gerücht wurde bekanntlich seither im englischen Parlamente offiziell dementiert. Eine Berliner Correspondenz der „Kölnischen Zeitung“ führt dessen Entstehung darauf zurück, daß verlautet hatte, man sehe in St. Petersburg dem Rathschlage Englands entgegen, der Türkei eine gewisse Frist zu bewilligen und inzwischen

## Feuilleton.

### Frauenarbeit in England.

(Schluß.)

Noch ärger ist das Mißverhältnis zwischen den Gehältern der Männer und denen der Frauen in der Spaltenarbeit der Postverwaltung. Hier werden jetzt kaum einem Jahre verwendet, aber schon geht alles aufs beste und ist bereits eine der Arbeiterinnen zur Superintendentin avanciert. Während aber die männlichen Beamten zwischen 200—600 Pfund bekommen, müssen sich die weiblichen in denselben Stellen mit 40 bis 165 Pfund begnügen. Erfreulicherweise hört man, daß der Regierung Vorschläge gemacht werden, die Frauengehälter, wenn schon nicht denen der Männer gleichzustellen, so doch beträchtlich zu erhöhen.

Ziemlich ausgedehnt ist die Verwendung von Frauen im Bureau für unbestellbare Postsendungen („Returned Letter Office“); dort sind neben 10 Männern 40 Frauen angestellt. Letzteren fällt die leichtere, ersteren die schwerere Arbeit zu. Die Mädchen haben die Aufgabe, die geöffneten unbestellbaren Sachen an die Aufgeber zurückzuschicken. Jede Beamtin erhält ein Bündel offener Briefe, sie liest die Adresse des Absenders und schreibt dieselbe auf ein offizielles Couvert, in welches der Brief gesteckt wird. Andere tragen den Inhalt mancher Briefe auszugswise in ein Buch ein, noch andere beantworteten die schriftlichen Anfragen an das Departement. Hier sind die Gehälter noch niedriger als in den übrigen Abtheilungen, dafür aber unterlegen die Leistungen auch keiner großen Verantwortung. Doch beginnt man an die Ausdehnung der Frauenarbeit zu denken; freilich muß man dabei vorichtig sein, denn die Sache hat ihr Bedenken, und vorläufig erfahren die Briefe, bevor sie den retournierenden

Damen überantwortet werden, ihre Hauptbehandlung noch durch Männer. Selbst diese haben mit Schwierigkeiten zu kämpfen, wenn sie keine merkantilsche Bildung besitzen und nicht zugleich mit großer Umsicht begabt sind. Es kommen nämlich jedes Jahr für etwa 600,000 Pfd. Seiting Wertpapiere, wie Actien und Wechsel, in unbestellbaren Briefen vor, und es ist in der Regel mit Sicherheit anzunehmen, daß die Mädchen nicht wissen würden, was sie mit diesen Dingen anzufangen hätten. Deshalb scheidet die männlichen Beamten derlei Briefe aus; desgleichen solche, deren Inhalt für Auge und Ohr von Frauen nicht geeignet ist. Im „Returned Letter Office“ sind Frauen erst seit dritthalb Jahren engagiert, aber schon jetzt sind die Resultate zufriedenstellend. Der Abtheilungschef hat geäußert, die Frauen hätten in jeder Beziehung seine Erwartungen übertroffen; sie seien flink und gewissenhaft und ihre Disziplin sei eine so vortreffliche, daß er nicht einmal Gelegenheit gehabt, irgend einer der Beamtinnen einen Verweis zu ertheilen.

All die Klassen von Frauen, die wir bisher vorgeführt, kommen mit dem Publikum in geringe oder gar keine Berührung. Nun aber kommen wir zu jener Klasse von Postbeamtinnen, die mit der Oeffentlichkeit verkehren, und diese Klasse ist weitaus die zahlreichste von allen. Wir meinen die Schalterbeamtinnen, oder wie man sie in Oesterreich heißt, die „Postoffizialinnen.“ Nur noch in sehr vereinzelt Fällen werden die Londoner Postbureau von Männern bedient.

Privatinstitute haben versucht, das Beispiel des Staates nachzuahmen; den ersten Rang unter ihnen nimmt die große Gesellschaft „Prudential Life Assurance Company“ ein, welche in ihren Bureau fünfzig Frauen beschäftigt. Einige davon sind Buchhalterinnen und Correspondentinnen, die meisten haben jedoch die Bestätigungen und Listen über die Ratenzahlungen der armen Klassen für die Polizzen, in der Regel einen Penny

wöchentlich, zu schreiben, solcher Zettel gibt jene Gesellschaft wöchentlich etwa 20,000 aus. Die Frauen erhalten 32—62 Pfund Sterling jährlich; hier ist diese Sparfamkeit eher zu begreifen und zu entschuldigen, als bei der Regierung. Aber man glaube nicht, daß der Stab der Beamtinnen deshalb nicht ein trefflicher sei; im Gegentheil, er ist sehr gewählt. Die Frauen müssen nicht nur aus guten Familien sein, sondern Töchter von Mitgliedern freier Stände, wie Richter, Geistliche, Lehrer; Töchter von Handelsleuten und Industriellen werden unter keiner Bedingung zugelassen, die Gründe sind uns unbekannt. Auch andere Versicherungsgesellschaften, Banken und ähnliche Anstalten beginnen Frauen in ihren Bureau zu beschäftigen. Ebenso Buchhandlungen und Advokatenkanzleien, in denen Mädchen zwischen 50 und 100 Pfund verdienen, besonders als Kopistinnen. In neuester Zeit haben sogar Bahnkompagnien den Versuch gemacht, Frauen als Bureaubeamte zu verwenden; sie bezahlen 30 bis 50 Pfund.

Während in den meisten Ländern die Verkaufsläden aller Art zum größten Theile von männlichen „Commis“ bewirtschaftet werden, hat in England auch auf diesem Gebiete die Verwendung weiblicher Kräfte so schnelle Fortschritte gemacht, daß ein Geschäftslokal mit männlichen Verkäufern zu den seltensten Dingen gehört — speziell was London betrifft. Man betrete eine Modewaren-, eine Galanteriehandlung, eine Schenke, ein Kaffeehaus — fast überall findet man Damen am Bureaufisch. Gerade jetzt ist eine lebhaft Agitation des Publikums im Gange, um die Chefs dieser armen geplagten Mädchen zu veranlassen, denselben das Niedersehen zu gestatten, wenn sie keine Kunden zu bedienen haben. Die Chefs sind nämlich hart genug, jeden Moment der Ruhe als Faulheitsanzeichen zu betrachten und jedes Anlehnen gegen den Ladentisch mit einem Gehaltsabzug zu bestrafen. (N. Z.)

abzurufen, wie das ja Lord Derby in seiner Rede im Parlamente angedeutet hat.

Auch die „Allg. Ztg.“ betont, daß die jetzt wieder lebhafter auftretenden Friedenshoffnungen ihre Erklärung in dem Umstande finden, daß der von England mit Eifer betriebene Vorschlag, der Pforte eine einjährige Frist zur Durchführung der geplanten Reformen zu gewähren, in St. Petersburg wolwollende Aufnahme gefunden habe. Die Situation, wie sie sich darnach herausstellen würde, wird von der „Köln. Ztg.“ wie folgt gekennzeichnet. „Auf Pariser und andere Dementis bezüglich des englischen Rathes, der Türkei eine Frist zu gewähren, ist kein Werth zu legen. Abgesehen davon, daß Lord Derby sich im Parlamente in dieser Beziehung deutlich genug ausgesprochen hat, treffen solche Dementis gewöhnlich nur den amtlichen Verkehr durch Noten oder Depeschen. Soweit ist die Sache natürlich nicht geblieben, und wenn die vertraulichen Besprechungen zu keinem Ergebnis gelangen, so fällt die Sache. Der Türkei sind schwerlich schon Vorschläge gemacht worden und Edhem Pascha kann daher noch nicht auf seinen alten und bekannten Vorschlag von drei Jahren Frist zurückgekommen sein. Im Parlamente that übrigens Lord Derby einen Auspruch bezüglich der Ueberwachungskommission, der auch noch weiterhin vielleicht eine Bedeutung erlangen könnte. Wie man aus Derby's Rede vom 20. weiß, hatte Mithad Pascha zwar nicht auf der Konferenz selbst, wo er ja nicht anwesend war, wol aber während derselben zu verstehen gegeben, wenn man der Türkei eine gewisse Zeit lasse, etwa von einem Jahre, so werde die Pforte zu einer Ueberwachungskommission, wie die Mächte sie vorschlugen, nach Ablauf der Frist die Hand bieten können. Dies war also ein gewisses, wenn auch bedingtes Entgegenkommen wegen eines der wichtigsten Punkte des Konferenzprogrammes. Sollte es zu Verhandlungen nach dieser Seite hin kommen und England wirklich eine Frist von etwa einem bis zu zwei Jahren vorschlagen, würde selbstverständlich jene Kommission wieder in Frage kommen. Aber die russischen Forderungen sind vorhergesehen und lassen ein, wenn auch nur vorläufiges Arrangement zweifelhaft erscheinen, so lange die Türkei nicht einlenkt. Am wenigsten kann die telegraphisch gemeldete Erklärung des „Golos“ überraschen, daß der Abschluß des Friedens mit Serbien für die Erledigung der großen Frage wenig bedeute, weil die Rückkehr zu dem Stande vor dem Kriege die Schwierigkeit wegen der Christen ungelöst finde. Man war darauf längst vorbereitet.“

Sehr zuversichtlich spricht sich der konservative „Globe“ über die Konsequenzen des Friedensschlusses aus. Er erklärt es für einen Grund zu allgemeiner Beglückwünschung, daß der Sultan seinem niedergeworfenen Vasallen mit einem Geiste der Versöhnung gegenübergetreten sei und ihm fast in allen streitigen Punkten von geringerer Bedeutung nachgegeben habe. Da die unmittelbar drohende Gefahr eines Wiederausbruches des Krieges in Serbien, der das Eintreten Rußlands ganz unvermeidlich gemacht haben würde, hiedurch vermieden sei, so sei zu hoffen, daß die noch vorhandenen Gefahren nach und nach vor einer Politik freundschaftlicher Zugeständnisse zurückweichen. Ein günstiges Zeichen erblickt „Globe“ nun auch in der Idee, eine Gendarmerie unter europäischer Führung zu errichten, und hofft, daß Rußland diese Maßregel als eine versöhnliche auffasse und daß sein Kriegseifer dadurch etwas beschwichtigt werde. „Die Hauptforderung der Lage scheint die Auffindung irgend einer Form von Zugeständnissen seitens der Pforte zu sein, welche ohne Beeinträchtigung der Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit der Türkei die Unzufriedenheit der Panславisten in Rußland dämpfe. . . . Die Ernennung einiger christlichen Statthalter im Donau-Bilajet würde in keiner Weise den Sultan herabsetzen, während von Rußland diese Maßregel als eine dauerhafte Bürgschaft — welche es noch dazu selbst erzwungen — für Erfüllung der in der Verfassung gegebenen Versprechungen angenommen werden könnte. . . . Die Friedensausichten sind gegenwärtig so hoffnungsvoll, daß wir uns kaum vorstellen können, daß das vielerwünschte Ergebnis der Berathschlagungen Europa's unerreichbar bleiben sollte wegen Verweigerung einiger unbedeutenden Zugeständnisse an den verwundeten Stolz der großen nördlichen Macht.“

## Die Präsidentenwahl in Nordamerika.

Die große nordamerikanische Republik hat seit dem März ein neues Oberhaupt. Aus dem viele Monate währenden Wahlkampfe, aus dem sieberhaften Ringen der beiden Parteien nach Wahlstimmen, aus einer mitunter durch Blut gewürzten Agitation ist Hayes, der Kandidat der Republikaner, mit 185 Stimmen als Nachfolger Ulysses Grants hervorgegangen. Der Kandidat der Demokraten, Tilden, unterlag mit einer sehr ansehnlichen Minorität. Ohne Rücksicht auf die Parteirichtung wird das endliche Resultat jeden Bewohner des großen Freistaates jenseits des Ozeans befriedigen, allerdings wird die allgemeine Befriedigung wol nur dem Umstande gelten, daß überhaupt der Kampf zu Ende ist, welcher alle Volkseigenschaften der Union bis in ihre tiefsten Tiefen aufwühlte und so rücksichtslos von beiden Parteien geführt wurde, daß die Befürchtung des Bürgerkrieges nahestand. Mit der am 2. d. in der gemeinschaftlichen Sitzung beider Kongreßhäuser in Washington er-

folgten Proklamierung des Republikaners Hayes zum Präsidenten ist endlich jene gewichtige Frage gelöst, die ganz Nordamerika durch so lange Zeit in lebhaftester Spannung versetzt hatte, und für vier Jahre lehren hoffentlich wieder Ruhe und Friede in die bisher sieberhaft erregten Gemüther ein. Anerkannt muß es werden, daß die Prüfung der Wahlen im Kongreß in weit größerer Ordnung vor sich ging, als man nach den gewaltsamen Szenen, welche schon um viel geringerer Ursachen willen darin vorgefallen sind, hätte glauben dürfen. Mit aller Wahrung der parlamentarischen Würde wurden die Mitglieder des Senates in dem Hause der Repräsentanten empfangen, um die Prüfung der Wahlprotokolle in gemeinsamer Sitzung vorzunehmen, und seit mehreren Wochen ist dieses Geschäft zu aller Erstaunen ohne die geringste Störung abgewickelt worden. Das Erstaunen ist um so größer, als die Wahrscheinlichkeit nahe lag, daß zwei Präsidenten gewählt würden und das Auflockern eines neuen Bürgerkrieges nicht unmöglich war. Die Verhandlungen begannen, wie ein Augenzeuge schreibt, unter sehr üblen Auspicien, denn schon fingen jene Sturmvögel an sich zu zeigen, welche den Ausbruch eines Gewitters verkünden, jene Baffermann'schen Gestalten, die überall vor dem Ausbruch von Unruhen gleichsam aus dem Boden schießen. Bereits fing das Kapitol an von einem Haufen roher Gesellen umlagert zu werden, wie man sie nie dort gesehen. Die gehegten Befürchtungen trafen indessen, wie gesagt, glücklicherweise nicht ein.

Die Union befindet sich in Beziehung auf die Machtverhältnisse ihrer beiden tonangebenden Parteien in einem merkwürdigen Zustande, wie er selten oder nie in der Welt vorgekommen ist. Derselbe wird schon durch die Thatsache gekennzeichnet, daß es bekanntlich auf eine einzige Stimme ankam, ob der Kandidat der Demokraten oder jener der Republikaner in das weiße Haus zu Washington eingeführt werden sollten. Dieselbe Lage spiegelt sich auch in der Zusammenfassung des Kongresses wider, indem im Senat die Mehrheit der Stimmen in den Händen der Republikaner liegt, während im Repräsentantenhause die demokratische Partei die Majorität besitzt. Aber auch in diesen beiden Häusern selbst ist die Majorität der einen und der anderen Partei so gering, daß dieselbe mit ihren Gegnern rechnen muß, denn im Senat stehen nur 40 Republikaner gegen 35 Demokraten und einen Wilden und im Repräsentantenhause nur 153 Demokraten gegen 135 Republikaner. Bei dieser annähernden Gleichheit, mit welcher die beiden tonangebenden Parteien einander gegenüberstehen, wird der Einfluß des Präsidenten natürlicherweise gesteigert, weil er in allen Dingen, die nicht der Befugnis der Gesetzgebung unterliegen, den Ausschlag gibt; andererseits ist ihm aber auch eben deshalb größere Rücksicht als je gegenüber der anderen Partei geboten — zumal der neue Präsident sich des Umstandes sehr wol bewußt sein muß, daß die demokratische Partei seit 1874 sich außerordentlich gestärkt hat, so daß sie in dem gegenwärtigen Wahlkampfe um ein Haar den Sieg errang.

Faßt man die Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung in der bevorstehenden Legislaturperiode ins Auge, so sind es, wie die „N. fr. Pr.“ meint, außer der großen handelspolitischen Frage insbesondere zwei Hauptfragen, deren Lösung dringend geboten ist, wenn die Union nicht allmählig in Verfall gerathen soll. Diese sind: erstens die Säuberung der Verwaltung von der Corruption, zweitens die Wiederherstellung der Valuta. Das erstgenannte Gebrechen wurzelt zu tief im amerikanischen Staatswesen, als daß es ohne eine Revision der Verfassung selbst mit der Wurzel ausgerottet werden könnte. Die Ursache dieser Staatskrankheit liegt in dem Umstande, daß, so oft der neue Präsident aus einer anderen Partei gewählt wird, auch sofort sämtliche Unionsbeamte, über hunderttausend an der Zahl, gewechselt zu werden pflegen. Da demnach jeder Beamte darauf gefaßt sein muß, nach vier Jahren wieder entlassen zu werden, so geben sich tüchtige, an solide Verhältnisse gewöhnte Männer zu einer solchen Laufbahn gar nicht her, und die Unionsämter werden daher überhaupt nur von einer geringeren Sorte von Leuten gesucht, denen entweder bereits der Versuch in einer anderen Laufbahn fehlgeschlagen ist, oder die nicht die genügenden Mittel, Fähigkeiten und Kenntnisse zu dauerhafteren und wünschenswertheren Stellungen und Erwerbarten besitzen. Die Bewerber um die Unionsämter gehören daher schon wegen deren kurzer Dauer dem flottanten, weniger zuverlässigen und weniger strupulösen Theil der Bevölkerung an. Es darf deshalb nicht Wunder nehmen, daß diese Leute während der kurzen Dauer ihres Amtes jede Gelegenheit zu benützen suchen, um sich zu bereichern oder wenigstens nach Ablauf desselben nicht entblößt auf die Straße gesetzt zu werden. Aus diesem Grunde kann die Corruption nur dadurch mit der Wurzel ausgerottet werden, wenn die Ämter auf Lebenszeit verliehen und nicht mit jedem Parteiwechsel neu besetzt, sondern nur etwa wegen bestimmter Vergehen nach ordentlicher Prozedur wieder entzogen werden können.

Was die Herstellung der Valuta betrifft, so erscheint dieselbe einestheils durch den früheren Kongreßbeschuß, anderentheils auch dadurch gesichert, daß diese Maßregel einen wesentlichen Bestandtheil des Pro-

grammes der republikanischen Partei bildet. Auch die Geschäftswelt scheint die glückliche Durchführung dieser Maßregel als ausgemacht zu betrachten, denn sonst würde das enorme Sinken des Goldagio von dreizehn auf sechs Prozent innerhalb eines einzigen Jahres nicht möglich gewesen sein.

## Politische Uebersicht.

Wien, 5. März.

Wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, dürfte die zu Ostern bevorstehende Unterbrechung in den Sitzungen des österreichischen Reichsrathes nur von sehr kurzer Dauer sein und den Zeitraum von vierzehn Tagen nicht übersteigen. Nach den Osterferien gedenkt man im Plenum des Abgeordnetenhauses mit der Steuerreformdebatte zu beginnen, während gleichzeitig die Ausschußverhandlungen über die Ausgleichsvorlagen stattfinden sollen.

In der vorgestrigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses antwortete Ministerpräsident Tisza auf die Interpellation Kemeths betreffs Aufstellung der Polizei in der Nähe des Abgeordnetenhauses, daß der Stadthauptmann Thaisz von glaubwürdiger Seite erfährt, daß gewisse Conventikel verabredeten, am 28. Februar vor dem Parlamente sich zusammenzutreffen, um einige Persönlichkeiten zu insultieren. Vorstandshalter und um die Straßenpassage nicht zu hindern, wurde daher die notwendige Anzahl der Polizeimannschaft, wie dies auch in anderen Ländern üblich ist, in den Nachbarhäusern conquiret. Der Ministerpräsident warnte vor der Unterstützung einer solchen Standalucht; das Haus solle sich von Gassendemonstrationen fernhalten. Das Haus nahm diese Antwort einstimmig mit Beifall zur Kenntnis. Das Oberhaus hat in seiner Sitzung vom 2. d. die Wuchergesetzvorlage in der Generaldebatte angenommen.

Das preussische Herrenhaus forderte die Regierung am 2. d. in zwei Resolutionen zur Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung und zu einer wesentlichen Verminderung der allgemeinen Verwaltungskosten, sowie zur Ersetzung der Matrikularumlagen durch eigene Reicheinnahmen aus den indirekten Steuern auf. Das Gesetz wegen der Zinsgarantie der Berlin-Dresdener Bahn wurde nach längerer Debatte angenommen. Nach Erledigung der übrigen kleineren Vorlagen schloß der Präsident mit einem Hoch auf den König die Sitzung.

Die mit der Ausarbeitung eines neuen Preßgesetzes betraute Kommission der französischen Deputiertenkammer beschloß ungeachtet der Einsprache des Ministers Jules Simon, diejenigen, welche sich des Vergehens der Beleidigung des Präsidenten der Republik oder eines fremden Herrschers schuldig machen, vor die Geschworenen und nicht vor die Zuchtpolizeigerichte zu verweisen.

Das englische Unterhaus verwarf mit 170 gegen 56 Stimmen den Antrag Wyndhams, England solle den Rücktritt von der Pariser Seerechts-Declaration erklären, nachdem Bourke die Vortheile derselben hervorgehoben hatte. Dem Parlamente ging eine Petition von Notabeln mehrerer Distrikte Bulgariens zu, in welcher ersucht wird, bei der Pforte auf die Annahme der Reformenbeschlüsse hinzuwirken.

Verschiedene Maßregeln des russischen Oberkommandos deuten auf baldige kriegerische Ereignisse hin. So haben die bisher bei Bundoki, Warnia und Bender dislocierten Truppen, etwa eine Division stark, vor einigen Tagen ihre bisherigen Cantonnements verlassen, den Botnafluß überschritten und bei Orak an der rumänischen Grenze neue Cantonnements bezogen. Die Truppen treffen Vorbereitungen, bei Staplineschi den Pruth zu überschreiten. — Aus Petersburg wird gemeldet, daß der Privatverkehr auf den südrussischen Eisenbahnen vom 20. März angefangen bis auf weiteres sistiert werden soll.

Die italienische Deputiertenkammer beendete am 2. d. die Spezialdebatte über die parlamentarische Incompatibilität. Der Antrag Bertani's, dieses Gesetz gleichzeitig mit der Wahlreform in Kraft treten zu lassen, wurde von der Deputiertenkammer, nachdem er von Nicotera bekämpft und als ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium erklärt wurde, abgelehnt. — Die Regierung legte hierauf Dokumente in der Orientfrage vor, deren Vertheilung demnächst erfolgen wird.

Die Vertreter Serbiens haben den Friedensvertrag am 2. d. in Konstantinopel im großen Saale des Ministeriums des Aeußern unterzeichnet, nachdem Edhem Pascha im Namen der Pforte mit seiner Unterschrift das Friedensinstrument unterfertigt hatte. Die Vertreter beider Parteien beglückwünschten sich gegenseitig. Vor der Abreise empfingen die serbischen Delegierten vom Sultan die höchsten Orden. Abdul Hamid bestimmte für Krisik und Matić hohe Orden. Der Großvezier gratulierte im Namen des Sultans telegraphisch dem Fürsten Milan.

Nachdem nun die türkisch-serbische Episode beendet ist, richtet sich umsomehr die Aufmerksamkeit auf die Verhandlungen zwischen Montenegro und der Pforte. Die in Konstantinopel eingetroffenen Delegierten des Fürsten Nikola machten am 2. d. Besuche bei den Vertretern der Großmächte. Dieselben scheinen, der „Agence Havas“ zufolge, von dem Wunsch nach Wiederherstellung des Friedens besetzt. Ihre Forderungen wegen einer Grenzberichtigung und Gewährung eines Seehafens werden angeblich nicht für übertrieben gehalten. Die Ber-

handlungen zwischen ihnen und der Pforte sollten vorgestern beginnen.

Dem nordamerikanischen Kongresse ist von seinem Militärausschusse ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der die Höhe des stehenden Heeres auf 17,000 Mann herabgesetzt wissen will. Es sollen in Zukunft nur noch 8 Reiter-, 4 Artillerie- und 16 Regimenter zu Fuß bestehen bleiben, und es wird in dem Entwurfe ausdrücklich verboten, die Militärgewalt zur Unterstützung einer von dem Kongresse noch nicht anerkannten einzelstaatlichen Regierung zu verwenden.

Zwischen Rußland und Persien scheinen sehr intime Beziehungen zu herrschen. Der Schah willigte in die Vermehrung der politischen Agenten und Konsuln Rußlands. Gleichzeitig werden für das bevorstehende Hussein-Hassanfest der schiitischen Perser große türkenfeindliche Demonstrationen vorbereitet.

## Tagesneuigkeiten.

— (Karl IV.) Die Gemeindevertretung von Melnik beschloß, längstens bis Ende 1878 auf dem Melniker Ringplatz ein Monument Karls IV. aufzustellen. Bekanntlich hat Karl IV. die Pflanzung der Burgunder-Reben in Böhmen eingeführt. Das Monument wurde von dem böhmischen Künstler S. Moz auf Kosten des Herrn S. Ritter v. Neuperg verfertigt.

— (Freiwilliger Sanitätsdienst des Deutschen Ritterordens.) Der Deutsche Ritterorden veröffentlicht den Rechnungsabluß für das Jahr 1876. Mit Ende Dezember 1876 war der Stand der Marianer 1507. Im Laufe des Jahres 1876 sind abgegangen: durch Tod 20, durch Austritt 128, zugewachsen 76, daher ergibt sich mit 31. Dezember 1876 die Zahl von 1435 Marianern. Nachdem die Anstaltung des Unterstützungsdienstes des Ordens bei den k. k. Feld-Sanitätsanstalten der ersten Linie (auf dem Schlachtfelde) zu Ende des Jahres 1875 vollkommen beendet war, hat der Orden im Jahre 1876 die Anstaltung seines Hilfsapparates für die zweite Linie in Angriff genommen. Das Programm für den Hilfsdienst in der zweiten Linie besteht in der Errichtung eines ambulanten Spitals für 600 Verwundete und einer diesem Spital zugehörigen Evacuationskolonne. Am Ende des Jahres 1875 verblieb ein harter Rest von 123,135 fl. und ein Obligationsvorrath von 205,060 fl. Im Jahre 1876 sind eingegangen: 76,635 fl.; hievon ab die Ausgaben: 81,682 fl. Bestand am Ende des Jahres 1876: in Barm 118,089 fl., welcher fruchtbringend angelegt ist, und in Obligationen: 211,060 fl. Au Feld-Sanitätsmaterial ist vorhanden a) für die I. Linie: 160 Bleifertens-Transportwagen, 1000 Fuhrgüter, 40 Fourgons, 840 Packkörbe (hievon 520 mit Sanitätsmaterial), 120 Kisten mit Feldküchengeräthe, 40 Operationstische, die Montur und das Feldgeräthe für 840 Sanitäts- und Trainisoldaten, 480 Pferderüstungen; b) für die II. Linie 19 Fourgons, 43 Bleifertens-Transportwagen, 1 Küchenvagen, 6 Packwagen; die vollkommene Einrichtung für ein ambulantes Feldspital für 200 Mann; die komplette Montur und das Feldgeräthe für das Personal der zweiten Linie, bestehend aus 150 Mann; ein bedeutender Reservenvorrath an Bettzeug, Wäsche und Verbandmaterial.

— (Wölfe auf der Bühne.) Man hat schon Hunde, Ziegen und Pferde hinter der Rampe agieren gesehen, allein Sardon war es vorbehalten, Wölfe, wirkliche wilde Wölfe zur Erzielung eines dramatischen Effektes auf die Bühne zu bringen. Sardon arbeitet gegenwärtig an einem fünfaktigen Drama, das den Titel „Die Exilierten“ führen wird und dessen Handlung einem gleichnamigen Romane des Prinzen Lubomirski entnommen ist. Man hofft, daß das Stück gegen Ende dieses Monats im Baudouin-Theater zur Aufführung gelangen wird. In der Hauptrolle dieses Stückes nun wird man den Helden, von Wölfen verfolgt, aber die Bühne eilen sehen. Da es eine zu mühselige Aufgabe wäre, den Raubthieren eine Rolle beizubringen und ihnen begreiflich zu machen, daß sie bloß Komödie spielen, so hat man eine eigene Decoration konstruirt, die der Menschenjagd jede Gefahr brennt. Die Bühne stellt eine wilde Felspartie dar; ein großartig gestaltetes Drahtgitter scheidet die Bühne in zwei Hälften. Vorne reitet der Schauspieler, dem die betreffende Rolle anvertraut ist, einen absteigenden Felspfad entlang, der ihn mehreremale an den Augen des Publikums vorüberführt, hinter dem Drahtvorhang aber stürmt die Wolkensmante, die ihr Opfer das Bild wird von einem graufigen Realismus sein. Decoration, Drahtvorhang, Schnee, alles ist fertig, nur die Wölfe fehlen noch. Sollte es nöthig sein, so wird man sie aus Rußland kommen lassen. Prinz Lubomirski hat sie Sardon versprochen.

— (Tod durch einen eigenthümlichen Zufall.) Herr M., Bioloncellist an der großen Oper in Paris, litt seit einiger Zeit an einer Entzündung am rechten Auge. Ein Arzt rath ihm, er solle sich einen Bluteigel an die Innenseite des Nasenflügels setzen. Herr M. folgte dieser Anweisung, setzte sich selbst den Bluteigel, gebraucht aber hiebei so wenig Vorsicht, daß ihm das Thier aus den Fingern schlüpfte und in die Nase glitt, von wo es in den Schlund geriet. Dort setzte es sich fest und begann zu saugen, während der Kranke vergebliche Anstrengungen machte, um den Egel loszuwerden. Nachdem sich derselbe endlich abgelöst, ließ er sich fallen. Der Patient wurde hierauf von heftigen Nervenschmerzen befallen und starb, indem er den Bluteigel von sich gab.

— (Vorrichtung zum Annähen der Knöpfe auf der Nähmaschine.) Bekanntlich ist die Knopfloch-Nähmaschine vom Schneider Weidling erfunden worden, der einst in der alten Heimat den Kommunismus predigte, in Amerika aber seine Zeit besser anzuwenden wußte und mit seiner Erfindung mehr als 60,000 fl. verdient hat. Nun hat ein anderer Deutscher in Ame-

rika, Namens Fries, ein Hilfswerkzeug, eine Art Stoffrücker, konstruirt, mittelst dessen auch Knöpfe auf der Nähmaschine angenäht werden können.

## Lokales.

### Die Enquête zur Regelung der Weide- und Waldverhältnisse in Oberkrain.

(Schluß.)

Nachdem noch einige andere ähnliche Beschwerden vorgebracht worden waren, ergriff Direktor Luchmann nochmals das Wort und sagte in slovenischer Sprache:

Was die vorgebrachte Beschwerde des Landmannes Prezel betrifft, so könne er dieselbe nicht als begründet anerkennen und bitte eventuell um die Beweise; hinsichtlich der Ziegenweide jedoch müsse er dem Bevollmächtigten von Kerniza bemerken, daß dieselbe verboten sei und die Bevölkerung selbst auf eigenem Grunde die Ziegen nicht weiden dürfe. Diesbezüglich legt Redner aus früherer Zeit mehrere Akten vor, aus denen hervorgeht, daß schon zu Zeiten der Kaiserin Maria Theresia, dann unter der Herrschaft der Franzosen die Ziegen aus den Waldungen verpönt und für vogelfrei erklärt und die strengsten Maßregeln gegen sie ergriffen wurden; auch erwähnt er eines Prozesses aus jüngster Zeit, zu welchem sich die übel berathenen Ziegenbesitzer gegen die Gesellschaft verleben ließen und in welchem sie zu 970 fl. an Kosten verurtheilt wurden; Redner wolle dann nächstertage beim Verwaltungsrathe die theilweise Nachsicht dieser Kosten beantragen, um die muthwillig streitenden Besitzer nicht auf den Bettelstab zu bringen, da dieselben offenbar aufgehekt und übel berathen waren.

Auf die verschiedenen Anklagen gegen das Forstpersonal könne er nur erwidern, daß die Gesellschaft stets bemüht sei, ruhige, leidenschaftslose Forsthüter zu bestellen, und daß über dieselben bisher auch keine Klagen eingelaufen sind; die heute vorgebrachten Anschuldigungen mögen begründet und bewiesen werden, worauf die etwa Schuldigen gewiß bestraft würden. Auch ist die Gesellschaft gerne bereit, trotz der großen damit verbundenen Arbeit allen Gemeinden Vergleichsanträge zuzustellen, welche dieselben selbst erwägen und von ihren Rathgebern prüfen lassen können; wenn sie sodann erstere objektiv beurtheilen, so werden sie finden, daß ihre Rechte reichlich entschädigt werden, da die Gesellschaft ihnen im Vergleichswege gerne günstigere Bedingungen einräumen wird, wenn die Durchführung der Entlastung dadurch eine Beschleunigung erfährt.

Advokat Dr. Ahažič rath den bäuerlichen Abgeordneten, einen selbständigen Vergleichsantrag ohne Vermittlung eines Rechtsanwaltes einzubringen, da sich dies schon vom Kostenstandpunkte aus empfehle. Dem gegenüber bemerkt der Vorsitzende Freiherr v. Wurzbach, daß ihm dies denn doch etwas bedenklich erscheine, da es seiner Ansicht nach nicht gut angeht, einen so wichtigen Vergleich, bei welchem es sich um eine Existenzfrage handelt, ohne Intervention eines Rechtsfreundes abzuschließen.

Dr. Polkular bespricht die seitens der Eingeforsteten vorgebrachten Beschwerden und replicirt theilweise auf die Einwendungen des Forstmeisters Seitner. Betreffs der Schonungsflächen bemerkt er, daß es in Alpengegenden unstatthaft sei, wenn z. B. eine Parzelle 5000 Joch hat und diese als Alpe und Wald im Kataster bonitirt erscheint, daß man die ganzen 5000 Joch unter den § 10 des Forstgesetzes stellt und auf Grund dessen Abstrafungen provocirt. Er fährt an, daß es wirklich peinlich ist, wenn man sieht, daß es in Oberkrain ganze Thäler gibt, in denen sich alles in Strafe befindet, und daß noch 1200 Arresturtheile in Radmannsdorf zu vollziehen sind. Schließlich wünscht Redner auch den Ausgleich, nur soll derselbe vonseite der Industriegesellschaft human angebahnt werden, so daß die Eingeforsteten dabei bestehen können.

Dr. Bleiwies bemerkt, es würde ihn sehr freuen, wenn ein Ausgleich in dieser peinlichen Angelegenheit zustande käme, doch bezweifelt er dies für den Fall, als die Industriegesellschaft bei der Ansicht verharret, daß in diesen Alpengegenden die Weidenuzung nur in zweiter Linie zu berücksichtigen sei. Die Weidenuzung ist für den Alpenbewohner in erster Linie eine Existenzfrage, sein Hauptwirtschaftsbetrieb ist eben die Viehzucht, nimmt man ihm diese, so ist dem Alpen- oder Gebirgsbauer sein Ende bereitet. Darum thut auch das hohe k. k. Ministerium alles, nicht nur in Krain, sondern auch in allen anderen Alpenprovinzen, um die Alpenwirthschaften und das Molkereiwesen sowie die Viehzucht zu heben, nicht nur durch Subventionen, sondern auch durch Prämierungen, Wanderlehrer und andere Mittel.

Der Vorsitzende konstatiert, daß der Werth der Weidenuzungen den Eingeforsteten auf die eine oder die andere Art ersetzt werden müsse, sowie dieselben faktisch früher (1868) ausgeübt wurden.

Auch die Abgeordneten erklären, daß sie durch die Regulierung dieselben Nutzungswerthe der Weide beanspruchen, wie sie dieselben bisher genossen haben, da sonst ihre viele hundert Jahre alten Viehzuchtwirtschaften zugrunde gehen müssen und sie zu Bettlern würden. In ihrer Eigenschaft als Landwirthe haben sie bisher von der Industriegesellschaft noch blutwenig profitirt;

die Arbeiter bei der Gewerkschaft vertrinken ihren Lohn entgegen, ziehen betrunken und Unruhe stiftend herum, und kehren in späteren Jahren meist als unbrauchbares Proletariat mit einer Unzahl von Kindern in die Dörfer heim und fallen der Gemeinde zur Last, indeß es ihnen inzwischen an Arbeitskräften gebricht und sie in Folge dessen hohe Tagelöhne zahlen müssen.

Zentralausschuß Schollmayer bemerkt, wenn gleich ihm alle Verhältnisse und alle Umstände der einen sowie der andern Partei genau bekannt sind, so wolle er doch, da hier nicht der Ort dafür sei, zu dem vielen schon Gesprochenen, nichts mehr hinzufügen und nur kurz betonen, daß seiner Ansicht nach an allem vorgekommenen Unheil in erster Linie nur die Weide-Ausübung die Schuld trägt. Wenn man sich nach dem Patente vom 5. Juli 1853 gehalten hätte, so wäre alles Unglück vermieden worden. Wie bekannt, ist laut dem Meritalerkenntnis vom Jahre 1868 die Weideregulierung für gedachte Gemeinden in Rechtskraft erwachsen, und zwar soll nach diesem Erkenntnis die Regulierung erst dann durchgeführt werden, wenn einmal alle andern Behölzungs- und Streuservitutsrechte den Abschluß gefunden haben. Es sind jetzt fast zehn Jahre seit Erließung dieses Erkenntnisses vergangen, und es ist bisher nur ein sehr kleiner Theil dieser heute in Rede stehenden Gemeinden mit der Holz- und Streuablösung perfekt geworden; es ist ferner anzunehmen, daß noch einige Jahre vergehen werden, bis die Ablösung in jenes Stadium tritt, in welchem im Sinne des Erkenntnisses die Bornahme der sehnlichst erwarteten Weideregulierung möglich sein wird. Es wäre geboten gewesen, im ersten Jahre schon laut § 7, lit. a, c und e, des Patentens vom Jahre 1853 den Umfang der bisher ausgeübten Weidebenutzung erheben zu lassen und diesen hauptsächlich für die Waldweide im Sinne der §§ 15 und 19 (besondere Bestimmungen für die Regulierung) urkundlich festzustellen. Hiedurch hätte man den in den gesetzlichen (§ 11) Nutzungsjahren faktisch ausgeübten Umfang und auch den faktischen Weidebenutzungswerth erhalten und für die feinerzeitige Regulierungsdurchführung Unterlagen gewonnen, welche heute oder morgen nothwendig sein werden und die man nach dem Vorgehen der Industriegesellschaft, welche dasselbe mit dem § 10 des Forstgesetzes rechtfertigen will, nicht mehr finden dürfte, indem bis zur Regulierungsdurchführung wahrscheinlich ein großer Theil des genossenen Weideterains, ob Schluß des dichten Bestandes, keine Weidenuzung mehr liefern wird. Sollte daher auch für die Weide ein Vergleich geschlossen werden, so sind jedenfalls die Nutzungsfaktoren bis zum Jahre 1869 für die Weidebewerthung maßgebend, nicht aber jene, nach 10 oder 20 Jahren, bis zu welcher Zeit die Weidenuzungen infolge des nach dem Jahre 1869 gehandhabten § 10 des Forstgesetzes voraussichtlich schon sehr große Veränderungen erlitten haben werden.

Nachdem noch der Forstmeister Herr Seitner auf die vom Herrn Vorredner ausgeführte Auslegung des Ablösungspatentes kurz replicirt hatte, versicherte der Vorsitzende, Freiherr von Wurzbach, sich dahin bemühen zu wollen, daß der angestrebte Vergleich auch thatsächlich zur allseitigen Befriedigung zustande komme, und ersucht die bäuerlichen Abgeordneten, zu erwägen, daß die Actionäre der Industriegesellschaft mehr wie eine Million in ihrem Besitze investirt haben und zwei Jahre schon keine Zinsen beziehen und heuer in ihrer Bilanz überdies noch circa 26,000 fl. Mehrverlust ausweisen, sich also jedenfalls auch in einer ebenso unangenehmen Lage befinden wie die Eingeforsteten selbst.

Bürgermeister Prezel aus Mitterdorf bedankt sich schließlich im Namen aller Eingeforsteten bei dem Zentralausschuße für das freundliche Entgegenkommen in ihrer so möglichen Servitutsangelegenheit, worauf die Enquêteverhandlung geschlossen wurde.

— (Laibacher Gemeinderath.) Heute Nachmittag um 5 Uhr findet im Magistratssaale eine öffentliche Sitzung des Laibacher Gemeinderathes statt. Die Tagesordnung derselben besteht aus folgenden Punkten: I. Berichte des Magistrate: 1.) über die Reclamationen gegen die Wählerliste; 2.) über die Wahlfrage für die Gemeinderathswahlen; 3.) über die Zusammensetzung der Wahlkommissionen. II. Bericht der vereinigten Sectionen für Bau und Polizei über den Antrag des Herrn Gemeinderathes Franz Potocnik auf Regulierung und Bepflanzung der Ufergelände des Laibachflusses und des Gradatschabaches. III. Berichte der Finanzsection: 1.) über die Selbstbewilligung zu einer Trinkwasserleitung auf dem Karolinengrunde; 2.) über die im II. Semester 1876 an die Sicherheitswache ausbezahlten Tagelöhne. IV. Bericht der Polizeisection über die Anstellung einer städtischen Hebamme. V. Berichte der Bau-section: 1.) über das Offert des Herrn Wilhelm Mayer zum Ankauf seines Baugrundes nächst der Feldgasse für städtische Zwecke; 2.) über das Gesuch der krainischen Baugesellschaft um Verkauf eines städtischen Grundstückes nächst der Lattemannsallee an dieselbe; 3.) über den Antrag des Straßenausschusses der Umgebung Laibachs auf den Bau einer Konturenstraße zwischen dem langen Graben und Podpet; 4.) über den Rekurs des Herrn J. B. Podkraštel gegen einen Magistratsbescheid bezüglich seines Hausbaues in der Stadtwaldstraße; 5.) über ein Gesuch des Herrn J. Strzelba um Verkauf des Gerbersteigebekuhst Ueberbauung desselben; VI. Selbstständiger Antrag des Herrn Gemeinderathes Karl Rinn auf Einstellung des Herrn Johann Rozman als Religionslehrer der städtischen Ruaben Volksschulen in definitiver Eigenschaft.

